

Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Familie,
Senioren, Frauen u. Jugend
Ausschussdrucksache
19(13)142a

BAG OKJE e. V.
Lehderstraße 117
13086 Berlin
Tel. 030 - 325 99 200
Fax 030 - 325 99 298
volker.rohde@bag-okje.de
www.bag-okje.de

12.05.2021

Anhörung zum 16. Kinder- und Jugendbericht; Familienausschuss 17.05.2021

Mit dem 16. Kinder- und Jugendbericht erlangt die Offene Kinder- und Jugendarbeit, eine hohe Aufmerksamkeit und Anerkennung, als eines der zentralen Felder der Demokratiebildung. Die Prinzipien der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und deren Bedeutung in Form von situativen – gelegenheitsbezogenen Anlässen informeller politischer Bildung und unmittelbarer Partizipation- und Demokratieerfahrungen, werden im Kontext einer demokratischen, politischen Bildung erfreulicherweise sehr deutlich herausgestellt. Der Bericht verdeutlicht zudem die Bedeutung von Demokratiebildung und politischer Bildung im Rahmen von Freiwilligkeit, Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit, als Bestandteil einer ganzheitlichen Persönlichkeitsbildung durch die Stärkung von Ermöglichungs- und Aneignungsprozessen. Dieses ist besonders hervorzuheben, angesichts einer aktuell zurecht geführten Diskussion, um die verengte Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen als Schüler*innen und Auszubildende im Zuge der Corona Pandemie.

Ein über die Erkenntnisse des 16. Kinder- und Jugendberichtes hinausgehendes Potenzial bietet die konzeptionelle Verbindung von Offener Kinder- und Jugendarbeit und Aufsuchender Jugendarbeit. Aufsuchende Arbeit ist in vielen Jugendeinrichtungen als „hinausreichende Arbeit“ bereits Bestandteil von Konzeption und alltäglicher Praxis. Im Zuge von Bemühungen zu „jugendgerechten Kommunen“ könnten in diesem Zusammenhang, Jugendeinrichtungen und Aufsuchende (hinausreichende) Arbeit als Impulsgeber*in und Motor von Beteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung von jungen Menschen an kommunalen- und Stadtentwicklungsprozessen agieren und damit erheblich zu einer Weiterentwicklung von Demokratie- und politischer Bildung durch Ermöglichung eigener unmittelbarer Gestaltungserfahrungen im Gemeinwesen beitragen.

Flankierend hierzu benötigt es eine strukturierte und kontinuierliche wissenschaftliche und empirische Begleitung. Deshalb unterstützt die BAG OKJE ausdrücklich die Forderung nach

Förderung von Wissenschaft-Praxis-Diskursen und -Kooperationen, insbesondere bei der Entwicklung und Evaluation innovativer Ansätze (Seite 411, 16. Kinder- und Jugendbericht).

Als konsequente Weiterentwicklung des 16. Kinder- und Jugendberichtes wäre es sinnvoll, aus dem Recht auf demokratisch-politische Bildung, ein Recht auf demokratisches-politisches Handeln zu erzeugen; also Demokratiebildung durch den Ausbau von Möglichkeiten demokratischen und politischen Handeln zu fördern. Lernen durch Handeln, Kommunikation und konkretes Einmischen als lebensweltorientierte Bildung von Kindern und Jugendlichen, wäre ein willkommenes Signal gegenüber zunehmenden Tendenzen politischer Interventionen z. B. in das Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Politische Bildung ‚predigen‘ und gleichzeitig konkretes politisches Handeln junger Menschen z. B. durch fragwürdige Neutralitätsbemühungen einzuschränken, ist keine gute Idee und wird den Erkenntnissen des 16. Kinder- und Jugendberichtes nicht gerecht.

Grundlage hierfür ist allerdings die Sicherstellung einer tragfähigen und ordentlich ausgestatteten Infrastruktur der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit vor Ort in den Kommunen und Gemeinden. Von diesem Hintergrund ist die im 16. Kinder- und Jugendbericht genannte Anregung bzw. Forderung „die Finanzierung politischer Bildung weniger projektbezogen, sondern langfristig und regelstrukturell sicherzustellen“ (Seite 411, 16. Kinder- und Jugendbericht) von zentraler Bedeutung. Wenn es in den Kommunen keine oder nur wenige Orte partizipativer Jugendarbeit gibt, dann wird es schwer bis nahezu unmöglich Projekte demokratischer-politischer Bildung an junge Menschen außerhalb von Schule und unter Einbeziehung ihrer Interessen an junge Menschen heranzutragen.

Insgesamt stecken u. a. im Punkt 10.4.3 des 16. Kinder- und Jugendberichts (Seite 411), zu den Konsequenzen in Bezug auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit, sehr viele richtige und wichtige Anregungen. Deshalb dürfen die Erkenntnisse des gesamten 16. Kinder- und Jugendberichtes, nicht allein zur fachlichen und politischen Selbstvergewisserung dienen. Vielmehr müsste er als Grundlage einer Strategie in Bezug auf die (kommunal)politische Wirksamkeit weiterentwickelt werden, um die lokale Infrastruktur für die demokratisch-politische Bildung vor Ort dauerhaft sicher zu stellen.

Volker Rohde
BAG OKJE e. V.
12.05.2021